

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2011
der Tradegate AG Wertpapierhandelsbank, Berlin

Aktivseite				Passivseite					
	2011		2010			2011		2010	
	€	€	€	€		€	€	€	€
1) Barreserve					1) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) Kassenbestand	576,75		227,03		a) täglich fällig	429.657,55	429.657,55	1.358.162,67	
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank	154.773,26	155.350,01	648.090,26		2) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
2) Forderungen an Kreditinstitute					andere Verbindlichkeiten				
a) täglich fällig	27.770.203,39		23.479.476,40		a) täglich fällig		412.349,39	688.937,34	
b) andere Forderungen	10.082.313,04	37.852.516,43	10.075.654,38		darunter:				
3) Forderungen an Kunden		65.886,98	188.995,71		gegenüber Finanzdienstleistungsinstituten	11.741,31		126.317,47	
darunter:					3) Handelsbestand		258.492,20	1.952.258,64	
Finanzdienstleistungsinstitute		4.912,88	163.007,01		4) Sonstige Verbindlichkeiten		852.942,99	1.101.398,33	
4) Handelsbestand		1.019.281,85	3.112.803,88		5) Rechnungsabgrenzungsposten		71.754,53	10.000,00	
5) Beteiligungen		124.999,00	385.711,00		6) Passive latente Steuern		11.206,10	11.317,83	
6) Immaterielle Anlagewerte					7) Rückstellungen				
a) Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche					a) Steuerrückstellungen	912.228,71		506.731,26	
Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie					b) andere Rückstellungen	786.898,47	1.699.127,18	1.262.592,56	
Lizenzen an solchen Rechten und Werten		184.979,00	300.496,00		8) Fonds für allgemeine Bankrisiken			4.248.658,29	1.805.127,77
7) Sachanlagen		154.246,06	134.486,00		darunter: nach § 340e Abs. IV HGB			4.248.658,29	1.805.127,77
8) Sonstige Vermögensgegenstände		475.743,66	380.032,15		9) Eigenkapital				
9) Rechnungsabgrenzungsposten		29.952,44	89.812,72		a) gezeichnetes Kapital				24.282.354,00
10) Aktive latente Steuern		34.358,22	36.884,09		eigene Aktien	-	29.003,00	24.525.301,00	-
					b) Kapitalrücklage			3.730.098,88	2.509.171,04
					c) Gewinnrücklagen				
					ca) gesetzliche Rücklage	1.516.343,22		1.516.343,22	
					cb) Rücklage für Anteile an einem herrschenden Unternehmen	-		-	878,64
					cc) andere Gewinnrücklagen	86.064,61		86.064,61	65.268,32
					d) Bilanzgewinn	2.255.317,71	32.113.125,42	2.255.317,71	32.113.125,42
Summe der Aktiva		40.097.313,65	38.832.669,62		Summe der Passiva		40.097.313,65	38.832.669,62	

Berlin, 28. Februar 2012

Thorsten Commichau

Jörg Hartmann

Klaus-Gerd Kleversaat

Kerstin Timm

Holger Timm

Gewinn- und Verlustrechnung
der Tradegate AG Wertpapierhandelsbank, Berlin
für die Zeit vom 01.01.2011 bis zum 31.12.2011

	2011		2010	
	€	€	€	€
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		291.923,96		171.884,57
2. Zinsaufwendungen		- 92,16	291.831,80	- 214,95
3. Provisionserträge		2.383.441,87		3.330.023,20
4. Provisionsaufwendungen		- 1.783.164,63	600.277,24	- 1.862.278,40
5. Nettoertrag des Handelsbestands			24.435.305,22	18.051.277,69
6. Sonstige betriebliche Erträge			922.713,73	856.499,70
7. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	- 6.932.694,81			- 5.564.445,17
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersvorsorge und für Unterstützung	- 884.422,04	- 7.817.116,85		- 799.774,79
darunter: für Altersvorsorge 311,62 €				42.443,62
b) andere Verwaltungsaufwendungen		- 11.145.743,24	- 18.962.860,09	- 9.660.262,88
8. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			- 204.415,25	- 267.058,56
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen			- 25.238,83	- 27.854,42
10. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		- 4.165,00	- 4.165,00	- 10.000,00
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		- 260.712,00	- 260.712,00	-
12. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			6.792.736,82	4.217.795,99
13. Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken			- 2.443.530,52	- 1.805.127,77
14. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			- 2.170.864,61	- 1.274.564,00
darunter: Aufwand aus latenten Steuern -2.414,14 €				- 331.886,30
15. Jahresüberschuss			2.178.341,69	1.138.104,22
16. Gewinnvortrag			76.097,38	125.665,26
17. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus der Rücklage für Anteile an einem herrschenden Unternehmen			878,64	529.319,16
18. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Rücklage für Anteile an einem herrschenden Unternehmen			-	- 878,64
19. Bilanzgewinn			2.255.317,71	1.792.210,00

Berlin, 28. Februar 2012

Thorsten Commichau

Jörg Hartmann

Klaus-Gerd Kleversaat

Kerstin Timm

Holger Timm

Anhang der Tradegate AG Wertpapierhandelsbank

A. Allgemeine Angaben zur Gliederung des Jahresabschlusses sowie zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Aufstellung des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss der Tradegate AG Wertpapierhandelsbank zum 31. Dezember 2011 wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) unter Berücksichtigung der Vorschriften für Kreditinstitute sowie der letztmalig am 9. Juni 2011 geänderten Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt.

Die Gliederung des Jahresabschlusses erfolgt nach der RechKredV; für die Gewinn- und Verlustrechnung wurde die Staffelform gewählt.

Die Aufstellung des Jahresabschlusses wurde in €vorgenommen.

Die Tradegate AG Wertpapierhandelsbank ist in den Konzernabschluss der Berliner Effektengesellschaft AG, Berlin, die Mutterunternehmen im Sinne des HGB ist, im Rahmen einer Vollkonsolidierung einbezogen. Der Konzernabschluss wird im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sind zum Nennwert bilanziert. Wertpapiere werden in der Bilanz in den Posten "Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere", "Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere" und „Handelsbestand“ ausgewiesen. Beim Ausweis von Erträgen/Aufwendungen unterscheiden wir bei Wertpapieren zwischen Handelsbeständen, Beständen der Liquiditätsreserve (Wertpapiere, die weder wie Anlagevermögen behandelt werden, noch Teil des Handelsbestands sind) und Wertpapieren, die wie Anlagevermögen behandelt werden.

Wertpapiere des Handelsbestands sind zum beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags zu bewerten. Der beizulegende Zeitwert entspricht dem Marktpreis. Soweit kein aktiver Markt besteht, anhand dessen sich der Marktpreis ermitteln lässt, ist der beizulegende Zeitwert mit Hilfe allgemein anerkannter Bewertungsmethoden zu bestimmen. Lässt sich der beizulegende Zeitwert weder an einem aktiven Markt noch nach einer anerkannten Bewertungsmethode ermitteln, sind die Anschaffungs- oder Herstellungskosten fortzuführen. Die Gesellschaft hat die Wertpapiere des Handelsbestands anhand von Marktpreisen bewertet. In einzelnen Gattungen liegen keine Marktpreise von aktiven Märkten vor. Dies geht in der Regel mit einem beizulegenden Wert am Abschlussstichtag in Höhe von Null einher, sodass diese vollständig abgeschrieben wurden. Anerkannte Bewertungsmethoden wurden nicht angewandt. Der Risikoabschlag wird zum Bilanzstichtag in Höhe der nicht realisierten Reserven bemessen. Der vorgenommene Risikoabschlag trägt damit den Ausfallwahrscheinlichkeiten der realisierbaren Gewinne Rechnung.

Wertpapiere, die wie Anlagevermögen behandelt werden, und Wertpapiere der Liquiditätsreserve sind in der Bilanz nicht enthalten.

Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Modernisierung des Bilanzrechts sind eigene Aktien nicht mehr auf der Aktivseite der Bilanz auszuweisen, sondern vom Eigenkapital abzusetzen. Die Anschaffungskosten sind in Höhe des rechnerischen Werts offen vom gezeichneten Kapital abzusetzen. Der Unterschiedsbetrag zwischen rechnerischem Wert und den Anschaffungskosten der eigenen Aktien ist von den frei verfügbaren Rücklagen abzusetzen. Die Veräußerungserlöse sind in Höhe des rechnerischen Werts dem gezeichneten Kapital hinzuzurechnen. Ein übersteigender Betrag ist in Höhe des

beim Erwerb verrechneten Betrages den freien Rücklagen wieder hinzuzurechnen. Ein darüber hinausgehender Veräußerungserlös ist in die Kapitalrücklage einzustellen.

Erkennbaren Risiken ist durch Wertberichtigungen und Rückstellungen Rechnung getragen.

Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen haben wir zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten und, soweit abnutzbar, unter Berücksichtigung planmäßiger linearer handelsrechtlich zulässiger Abschreibungen bewertet. Die geringwertigen Wirtschaftsgüter werden von uns bis 2007 und ab dem Geschäftsjahr 2010 im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben und ausgebucht. Die in den Jahren 2008 und 2009 erworbenen geringwertigen Wirtschaftsgüter werden entsprechend der steuerlichen Regelung über fünf Jahre abgeschrieben, beginnend ab dem Jahr der Anschaffung.

Latente Steueransprüche und -verpflichtungen berechnen sich aus unterschiedlichen Wertansätzen eines bilanzierten Vermögenswertes oder einer Verpflichtung und dem jeweiligen steuerlichen Wertansatz. Hieraus resultieren in der Zukunft voraussichtliche Ertragsteuerentlastungs- oder -belastungseffekte (temporäre Unterschiede). Sie wurden mit den Ertragsteuersätzen bewertet, deren Gültigkeit für die entsprechende Periode ihrer Realisierung zu erwarten ist und die zum Bilanzstichtag gültig sind. Für die Tradegate AG Wertpapierhandelsbank ergibt sich ein durchschnittlicher Ertragsteuersatz in Höhe von 30,39 %.

Verbindlichkeiten bilanzieren wir, soweit sie verzinslich sind, mit ihrem Erfüllungsbetrag. Lieferverbindlichkeiten aus dem Leerverkauf von Wertpapieren sind zum beizulegenden Zeitwert zuzüglich eines Risikozuschlags unter dem neuen Posten Handelsbestand ausgewiesen. Der Risikozuschlag wird analog zu dem Risikoabschlag für aktive Handelsbestände gebildet.

Die Rückstellungen für Steuern, ungewisse Verbindlichkeiten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften haben wir in Höhe des Erfüllungsbetrags nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung gebildet. Rückstellungen für drohende Verluste wurden für schwebende Aufgabengeschäfte gebildet. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen 7 Jahre abgezinst worden.

Die zum Bilanzstichtag ermittelten anteiligen Zinsen werden bei den zugrunde liegenden Forderungen oder Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Währungsumrechnung

Die Bewertung der auf Fremdwährung lautenden Vermögensgegenstände und Schulden ist nach den Bestimmungen des § 340h in Verbindung mit § 256a HGB vorgenommen worden. Eine Abweichung erfolgte für Aktien, die an einer Börse in €notiert werden und deren Nennwert bzw. deren rechnerischer Wert (z. B. Stückaktien) auf Fremdwährung lautet. Hierunter können zum Beispiel Aktien von US-amerikanischen Gesellschaften fallen, deren Kapital auf US-Dollar lautet. Diese Wertpapiere haben wir mit den in € an einer deutschen Börse festgestellten Schlusskursen zum 30. Dezember 2011 bewertet. Sofern es sich um Wertpapiere der Liquiditätsreserve handelt wurde zudem das Niederstwertprinzip beachtet.

Alle anderen auf Fremdwährungen lautenden Vermögensgegenstände und Schulden wurden zu Referenzkursen der Europäischen Zentralbank oder, falls keine Referenzkurse festgestellt werden, zu am Devisenmarkt ermittelbaren Mittelkursen des Bilanzstichtages umgerechnet.

B. Erläuterungen zur Bilanz

Restlaufzeitengliederung

Die **Fristengliederung nach Restlaufzeiten** stellt sich wie folgt dar:

in EUR	2011	2010
Andere Forderungen an Kreditinstitute		
a) bis zu drei Monaten	10.082.313,04	10.075.654,38
	10.082.313,04	10.075.654,38
Forderungen an Kunden		
a) mit unbestimmter Laufzeit	65.886,98	188.995,71
	65.886,98	188.995,71
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
a) täglich fällig	412.349,39	688.937,34
	412.349,39	688.937,34

Forderungen und Verbindlichkeiten an bzw. gegenüber verbundenen Unternehmen

Gliederung nach Bilanzpositionen		
in TEUR	2011	2010
Forderungen:		
sonstige Vermögensgegenstände	3	-
insgesamt	3	-
Verbindlichkeiten:		
sonstige Verbindlichkeiten	240	99
insgesamt	240	99

Gesamtbetrag aller auf Fremdwährung lautenden Vermögensgegenstände und Schulden

Die Beträge stellen die Summen aus den €Gegenwerten der verschiedensten Währungen dar. Aus dem Unterschiedsbetrag kann nicht auf offene Fremdwährungspositionen geschlossen werden.

in TEUR	2011	2010
Vermögensgegenstände	825	1.732
Schulden	222	634

Börsenfähige Wertpapiere

in TEUR	2011	2010
börsennotiert		
Handelsbestand	934	3.027
nicht börsennotiert		
Handelsbestand	7	8
Beteiligungen	0	261

Die im Bestand befindlichen Wertpapiere sind mit Ausnahme von Aktien im Buchwert von 78 T€(Vj. 78 T€) börsenfähig.

Handelsbestand (Aktiva 5a)

Im Handelsbestand auf der Aktivseite der Bilanz werden zum Bilanzstichtag nur Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere ausgewiesen. Der Risikoabschlag für den Handelsbestand auf der Aktivseite wurde in Höhe von 34 T€(Vj.102 T€) gebildet.

Entwicklung des Anlagevermögens

in EUR	Anschaffungs- kosten	Zugänge Geschäftsjahr	Abgänge Geschäftsjahr	Umbuchungen	Abschrei- bungen insgesamt	Abschrei- bungen Geschäftsjahr	Restbuchwert 31.12.2011	Restbuchwert Vorjahr
Finanzanlagen								
Beteiligungen	635.709,00	-	-	-	510.710,00	260.712,00	124.999,00	385.711,00
Summe Finanzanlagen	635.709,00	-	-	-	510.710,00	260.712,00	124.999,00	385.711,00
immaterielle Anlagewerte								
Software	1.842.010,59	3.009,51	-	-	1.660.041,10	118.526,51	184.979,00	300.496,00
Summe immaterielle Anlagewerte	1.842.010,59	3.009,51	-	-	1.660.041,10	118.526,51	184.979,00	300.496,00
Sachanlagen								
Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.874.379,63	105.554,99	44.392,45	-	3.781.623,17	85.888,74	153.919,00	134.486,00
Anzahlungen auf An- lagen u. Anlagen im Bau	-	327,06	-	-	-	-	327,06	-
Summe Sachanlagen	3.874.379,63	105.882,05	44.392,45	-	3.781.623,17	85.888,74	154.246,06	134.486,00
Summe Anlagevermögen	6.352.099,22	108.891,56	44.392,45	-	5.952.374,27	465.127,25	464.224,06	820.693,00

Sonstige Vermögensgegenstände

Die sonstigen Vermögensgegenstände nehmen Posten auf, die auf der Aktivseite anderen Bilanzposten nicht zuzuordnen sind. Sie betreffen vor allem Forderungen an das Finanzamt aus Körperschaftsteuerguthaben und Steuerrückforderungen in Höhe von 207 T€ (Vj. 230 T€). Ferner sind hier 34 T€ Forderungen aus gestellten Rechnungen (Vj. 17 T€) sowie 231 T€ abgegrenzte Erträge für erbrachte, aber noch nicht abgerechnete Dienstleistungen (Vj. 133 T€) enthalten.

Aktive latente Steuern

Die aktiven latenten Steuern wurden auf den Unterschiedsbetrag der höheren Wertansätze von Sachanlagen in der Steuerbilanz gegenüber der Handelsbilanz gebildet.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Der Bilanzposten enthält im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus der Inanspruchnahme von Wertpapierabwicklungsdienstleistungen einer Bank in Höhe von 365 T€ (im Vorjahr 1.048 T€).

Handelsbestand Passiva 3a)

Im Handelsbestand auf der Passivseite der Bilanz werden zum Bilanzstichtag nur Verbindlichkeiten aus dem Leerverkauf von Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren ausgewiesen. Die Tradegate AG Wertpapierhandelsbank hat die Leerverkäufe im Rahmen ihrer Tätigkeit als Skontroführer und Spezialist abgeschlossen. Der Risikozuschlag für den Handelsbestand auf der Passivseite beträgt 5 T€ (Vj. 32 T€).

Sonstige Verbindlichkeiten

Die sonstigen Verbindlichkeiten nehmen Posten der Passivseite auf, die anderen Bilanzposten nicht zuzuordnen sind. Von den 853 T€ (Vj. 1.101 T€) entfallen 536 T€ (Vj. 917 T€) auf Verbindlichkeiten und Abgrenzungen aus bezogenen Lieferungen und Leistungen, 85 T€ (Vj. 85 T€) auf noch nicht abgeführte Lohnsteuer sowie 232 T€ (Vj. 99 T€) auf an die Muttergesellschaft abzuführende Umsatzsteuer.

Passive latente Steuern

Die passiven latenten Steuern wurden auf den Unterschiedsbetrag der höheren Wertansätze von Rückstellungen in der Handelsbilanz gegenüber der Steuerbilanz gebildet.

Rückstellungen

In die Rückstellungen wurden Beträge eingestellt, die in die Erfolgsrechnung des Geschäftsjahres oder früher gehören, deren Höhe oder Fälligkeit aber noch nicht endgültig feststehen. Die Aufgliederung der anderen Rückstellungen ist der folgenden Aufstellung zu entnehmen:

Rückstellung für	31.12.2011	31.12.2010
Wertpapierabwicklungsdienstleistungen	195 T€	51 T€
Personalaufwendungen	154 T€	615 T€
Rückbaumaßnahmen	128 T€	123 T€
Kosten des Jahresabschlusses	110 T€	101 T€
Drohende Verluste aus Abwicklungsvereinbarung	37 T€	37 T€
Beratungs-, Prüfungsleistungen	28 T€	23 T€
Mietnebenkosten, Strom	26 T€	18 T€
Verbandsbeiträge	15 T€	18 T€
Umlagen der Bankenaufsicht	0 T€	190 T€
Sonstige Aufwendungen	94 T€	87 T€
Summe	787 T€	1.263 T€

Fonds für allgemeine Bankrisiken

Die Gesellschaft ist gemäß § 340e Abs. 4 HGB verpflichtet, dem Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB jährlich zehn Prozent der Nettoerträge des Handelsbestands zuzuführen. Der Posten darf zum Ausgleich von Nettoverlusten des Handelsbestands aufgelöst werden oder soweit er 50 Prozent des Durchschnitts der letzten fünf jährlichen Nettoerträge des Handelsbestands übersteigt.

Zum 31. Dezember 2011 ist nach dieser Regelung eine Zuführung in Höhe von 2.443.530,52 € (Vj. 1.805.127,77 €) erfolgt.

Grundkapital / Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital beträgt zum 31. Dezember 2011 vor Absetzung der eigenen Anteile insgesamt 24.554.304,00 €. Das Grundkapital der AG ist eingeteilt in 24.554.304 Stück auf den Inhaber lautende Stückaktien. Größter Anteilseigner und Muttergesellschaft im Sinne des § 290 HGB ist die Berliner Effektengesellschaft AG, Berlin, die auch oberstes Konzernmutterunternehmen ist.

Im Geschäftsjahr wurden 271.950 Aktien im Rahmen des Bezugs aus den Optionsprogrammen ausgegeben. Zum Bilanzstichtag hält die Tradegate AG Wertpapierhandelsbank 29.003 Stück eigene Aktien mit einem rechnerischen Wert in Höhe von 29.003,00 €.

Genehmigtes Kapital

Der Vorstand war aufgrund des Beschlusses der Hauptversammlung vom 31. März 2006 ermächtigt, das gezeichnete Kapital bis zum 30. März 2011 mit Zustimmung des Aufsichtsrates durch Ausgabe neuer Inhaberaktien gegen Bareinlage oder Sacheinlage einmalig oder mehrmals um bis zu 11.500.000,00 € zu erhöhen und dabei einen vom Gesetz abweichenden Beginn der Gewinnbeteiligung zu bestimmen. Im Geschäftsjahr wurde von der Ermächtigung kein Gebrauch gemacht.

Der Vorstand ist aufgrund des Beschlusses der Hauptversammlung vom 16. Juni 2011 ermächtigt, das Grundkapital bis zum 15. Juni 2016 mit Zustimmung des Aufsichtsrates durch Ausgabe neuer Inhaberaktien gegen Bareinlage oder Sacheinlage einmalig oder mehrmals um bis zu 12.141.177,00 € zu erhöhen und dabei einen vom Gesetz abweichenden Beginn der Gewinnbeteiligung zu bestimmen. Im Geschäftsjahr wurde von der Ermächtigung kein Gebrauch gemacht.

Bedingtes Kapital

Das bedingte Kapital ist für die Ausgabe von Optionsrechten, Optionsscheinen ohne Schuldverschreibungen, Wandelschuldverschreibungen oder Bezugsrechten ohne Schuldverschreibungen vorgesehen.

Der Vorstand wurde durch Beschluss der Hauptversammlung vom 31. März 2006 ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates das Grundkapital bis zum 30. Juni 2008 einmalig oder mehrmals auf den Inhaber oder auf den Namen lautende verzinsliche Wandelschuldverschreibungen und/oder Optionsrechten mit einer Laufzeit von längstens fünf Jahren und mit einem Wandlungs- beziehungsweise Bezugsrecht auf bis zu 2.300.000 neue Inhabersstückaktien der Gesellschaft zu begeben beziehungsweise zu gewähren. Auf der Hauptversammlung am 20. Juni 2008 wurde diese bestehende Ermächtigung aufgehoben, soweit sie den Betrag von 991.000,00 € übersteigt. Aus den an die Mitarbeiter in den Geschäftsjahren 2007 und 2008 ausgegebenen Optionsrechten können bis März 2012 beziehungsweise März 2013 Inanspruchnahmen erfolgen.

Der Vorstand wurde durch Beschluss der Hauptversammlung vom 20. Juni 2008 ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates das Grundkapital bis zum 19. Juni 2013 einmalig oder mehrmals auf den Inhaber oder auf den Namen lautende verzinsliche Wandelschuldverschreibungen und/oder Bezugsrechte ohne Ausgabe von Schuldverschreibungen (nachfolgend: „Mitarbeiteroptionen“) mit einer Laufzeit von längstens fünf Jahren und mit einem Wandlungs- beziehungsweise Bezugsrecht auf bis zu 1.424.000 neue Inhabersstückaktien der Gesellschaft nach näherer Maßgabe der Anleihe- bzw. Bezugsbedingungen zu begeben bzw. zu gewähren. Das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre wird ausgeschlossen. Die Mitarbeiteroptionen sind den Berechtigten zur Umsetzung des Mitarbeiterbeteiligungsprogramms der Gesellschaft anzubieten.

Die Tradegate AG Wertpapierhandelsbank hat von 2007 bis 2011 Aktienoptionsprogramme für die Mitarbeiter der Tradegate AG Wertpapierhandelsbank aufgelegt. 2011 wurden 400.000 Optionsrechte an Mitarbeiter ausgegeben, von denen bereits 2.400 durch Ausscheiden verfallen sind. Eine Option berechtigt jeweils zum Kauf einer Stückaktie der Gesellschaft, die einem Anteil am Grundkapital in Höhe von 1,00 € entspricht.

Unter den aufgeführten Ermächtigungen bestehen zum Bilanzstichtag folgende Optionsrechte:

Jahr der Zuteilung	2007	2008	2009	2010	2011
bedingtes Kapital	2006	2006	2008	2008	2008
Ausübungszeitraum	15.02.09 - 14.02.12	01.03.10 - 31.03.13	04.03.11 - 04.03.14	19.03.12 - 19.03.15	08.03.13 - 07.03.16
Ausübungspreis	5,20 €	4,70 €	4,58 €	6,00 €	6,00 €
Ausübungshürde	5,19 €	4,69 €	4,60 €	6,00 €	6,00 €
angebotene Optionen	496.500	500.000	500.000	483.000	400.000
angenommene Optionen	496.500	500.000	497.000	483.000	400.000
Wert eines Optionsrechts bei Ausgabe	0,77 €	0,11 €	0,12 €	0,33 €	0,20 €
Bestand am 01.01.11	439.050	394.096	487.500	482.000	-
neu ausgegebene Optionen	-	-	-	-	400.000
verwirkte Optionen	1.000	1.000	3.000	1.000	2.400
ausgeübte Optionen	31.450	104.500	136.000	-	-
verfallene Optionen	-	-	-	-	-
Bestand am 31.12.11	406.600	288.596	348.500	481.000	397.600
davon ausübbar	-	288.596	348.500	-	-

Der Ausübungspreis der Optionen steigt um 6 % je Jahr der Laufzeit an.

Kapitalrücklage

Aus dem Bezug von Aktien aus den Optionsprogrammen flossen 1.182.288,00 € in die Kapitalrücklage. Ferner überstiegen die Veräußerungserlöse eigener Anteile die Anschaffungskosten um 38.639,84 € die ebenfalls der Kapitalrücklage zuzuführen waren. Zum Bilanzstichtag wird eine Kapitalrücklage in Höhe von 3.730.098,88 € ausgewiesen.

Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen

In Höhe des Buchwertes der Aktien des Mutterunternehmens, der Berliner Effektengesellschaft AG, ist in der Bilanz eine Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen auszuweisen. Da zum Bilanzstichtag in den Vermögensgegenständen keine Anteile an der Berliner Effektengesellschaft AG ausgewiesen werden, wurde die Rücklage für Anteile an einem herrschenden Unternehmen in Höhe von 878,64 € zu Gunsten des Bilanzgewinns aufgelöst.

Gewinnrücklagen

Aus dem Handel in eigenen Aktien resultiert für das vergangene Geschäftsjahr eine Erhöhung der anderen Gewinnrücklagen in Höhe von 20.796,29 €

Die Kapitalrücklage und die gesetzliche Rücklage betragen zusammen mehr als 10 % des gezeichneten Kapitals gemäß der Anforderung des § 150 Abs. 2 AktG. Somit ist keine Dotierung der gesetzlichen Rücklage erforderlich.

Stellen Vorstand und Aufsichtsrat den Jahresabschluss fest, können sie einen die Hälfte übersteigenden Teil des Jahresüberschusses in andere Gewinnrücklagen einstellen, bis die Hälfte des Grundkapitals erreicht ist.

Eigene Aktien

Die Gesellschaft wurde gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG mit Beschluss der Hauptversammlung vom 17. Juni 2010 ermächtigt, die Aktien der Gesellschaft zum Zwecke des Handels in eigenen Aktien zu erwerben.

Die Ermächtigung war auf den Erwerb von eigenen Aktien mit einem Anteil am Grundkapital von insgesamt bis zu fünf vom Hundert beschränkt und gilt bis zum 16. Juni 2015. Der Handel darf zu Preisen stattfinden, die den Eröffnungskurs der Aktie der Tradegate AG Wertpapierhandelsbank im Präsenzhandel an der Frankfurter Wertpapierbörse an dem jeweils vorangehenden Börsentag um nicht mehr als 20 % über- oder unterschritten.

2011 wurde von den Ermächtigungen zum Kauf eigener Aktien zu Handelszwecken Gebrauch gemacht. In der folgenden Tabelle ist jeweils die Anzahl der gehandelten Stücke für die Kalendermonate angegeben. Die Käufe erfolgten über die TRADEGATE EXCHANGE. 2011 wurden von der Tradegate AG Wertpapierhandelsbank 119.741 Stück Aktien zu 695.250,66 € erworben. Verkäufe erfolgten in Höhe von 120.820 Stück Aktien mit Erlösen in Höhe von 755.765,79 €

Monat	Stück gekaufte		Stück verkaufte	anteiliges Grundkapital
Anfangsbestand	30.082			0,12%
Jan 11	1.652	-	2.290	0,01%
Feb 11	1.020	-	1.150	0,00%
Mrz 11	4.490	-	3.640	0,02%
Apr 11	22.154	-	52.893	0,09%
Mai 11	12.853	-	12.690	0,05%
Jun 11	4.460	-	3.662	0,02%
Jul 11	37.583	-	7.763	0,15%
Aug 11	12.476	-	12.684	0,05%
Sep 11	13.709	-	12.550	0,06%
Okt 11	3.400	-	5.200	0,01%
Nov 11	2.694	-	2.800	0,01%
Dez 11	3.250	-	3.498	0,01%
Summe	119.741	-	120.820	0,49%

C. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Provisionserträge und -aufwendungen

Die Provisionserträge und -aufwendungen enthalten die Erträge und Aufwendungen, die im Rahmen des Geschäftsbetriebes durch die Inanspruchnahme von Finanzdienstleistungen in Rechnung gestellt werden. Die wesentlichen Posten sind die Specialist Service Fee, die Courtageerträge und -aufwendungen aus dem börslichen Maklergeschäft (Netto 1.401 T€, Vj. 1.833 T€). Courtageerträge und -aufwendungen werden handelstäglich brutto gebucht.

Nettoertrag des Handelsbestands

Die Erträge und Aufwendungen des Handelsbestands sind zum einen die Gewinne oder Verluste, die durch den Kauf und Verkauf von Finanzinstrumenten, insbesondere von Wertpapieren, aufgrund von Marktpreisschwankungen entstehen. Abschreibungen auf Handelsbestände werden hiervon abgesetzt. Ferner sind die Differenzen aus Aufgabegeschäften hier auszuweisen. Aus dem Abschluss von Futures fielen im vergangenen Geschäftsjahr 16 T€ Gewinn an (Vj. 0 T€). Die Ergebnisse aus Devisenpositionen, die im Zusammenhang mit Handelsbeständen in Wertpapieren entstanden sind, sind ebenfalls hier enthalten.

in TEUR	2011	2010
Nettoergebnis Wertpapierhandel	29.695	21.152
Nettodifferenzen aus Aufgaben	1.304	2.870
Sonstige Nettoergebnisse	-332	-260
Erträge aus dem Handelsbestand	256	166
Provisionsaufwendungen aus dem Wertpapierhandel	-6.488	-5.877
Summe	24.435	18.051

Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten Positionen, die nicht dem eigentlichen Geschäft zuzuordnen sind. Die wesentlichen Positionen der sonstigen betrieblichen Erträge sind der nachfolgenden Aufstellung zu entnehmen.

Sachverhalt	2011	2010
Umlagen sonstige Unternehmen	448 T€	437 T€
Umlagen verbundene Unternehmen	142 T€	182 T€
Auflösung von Rückstellungen	6 T€	139 T€
Erlöse aus der Übertragung von Rechten	222 T€	52 T€
Aufzinsung Körperschaftsteuerguthaben	12 T€	12 T€
Sonstige	93 T€	35 T€
Summe	923 T€	857 T€

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind periodenfremde Erträge in Höhe von 31 T€ enthalten (Vj. 139 T€).

Periodenfremde Sachaufwendungen

In den anderen Verwaltungsaufwendungen sind 43 T€ periodenfremde Sachaufwendungen aus Umlagen für die Bankenaufsicht enthalten (Vj. 174 T€).

Steuern

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag betreffen Steuern für vergangene Jahre aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit sowie Steuervorauszahlungen und –rückstellungen für 2011. Hier sind auch Zuführungen und Auflösungen von latenten Steuern enthalten. Die Zuführungen zu den Rückstellungen für voraussichtliche Steuerzahlungen des Veranlagungszeitraums 2011 betragen 868 T€ (Vj. 507 T€). Für andere Veranlagungszeiträume wurden Steuererstattungen in Höhe von 6 T€ (Vj. 23 T€) in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt.

D. Sonstige Angaben

Anteilsbesitz

Die nachstehenden Angaben beziehen sich auf den 31. Dezember 2011 bzw. auf das Geschäftsjahr 2011, sofern kein anderes Datum angegeben ist.

Tradegate Exchange GmbH, Berlin

Stammkapital:		500.000,00 €
Anteil:	25,0 %	124.999,00 €
Eigenkapital:		883.403,41 €
Jahresüberschuss:		310.725,99 €

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Aus abgeschlossenen Miet-, Leasing- und Wartungsverträgen bestehen Verpflichtungen in Höhe von 1.345 T€ (Vj. 2.341 T€). Sie betreffen in erster Linie die mit einer Laufzeit bis zum 31. Dezember 2012 abgeschlossenen Mietverträge für Büroräume.

Die Tradegate AG Wertpapierhandelsbank hat Avalkredite bei der quirin bank AG und der Delbrück Bethmann Maffei AG aufgenommen. Der Gesamtbetrag beläuft sich auf 2.946 T€ (Vj. 2.946 T€). Die Avalkredite dienen vor allem als Sicherheitsleistung nach dem Börsengesetz für die Risiken aus der Abwicklung von Aufgabegeschäften und aus Kursdifferenzen. Für die Avalkredite haben wir Guthaben und Wertpapiere in entsprechender Höhe verpfändet.

Mitarbeiter

Die Anzahl der Mitarbeiter entwickelte sich wie folgt:

	weiblich	männlich	gesamt	Gesamt Vorjahr
im Jahresdurchschnitt				
Vorstandsmitglieder	1,0	4,0	5,0	5,0
Händler	5,5	38,3	43,8	42,6
Sonst. Angestellte	15,0	21,3	36,3	29,4
Mutterschutz / Elternzeit	1,8	-	1,8	1,3
Auszubildende	-	-	-	0,5
Werkstudenten	-	3,0	3,0	1,5
Gesamt	23,3	66,5	89,8	80,3
darunter Teilzeitkräfte (volle Kopfzahl)	7,5	7,0	14,5	8,8
darunter Teilzeitkräfte (auf Vollzeitstellen umgerechnet)	5,7	4,2	9,9	6,2
zum 31. Dezember 2011				
Vorstandsmitglieder	1	4	5	5
Händler	5	39	44	43
Sonst. Angestellte	15	22	37	31
Mutterschutz / Elternzeit	2	-	2	2
Auszubildende	-	-	-	-
Werkstudenten	-	3	3	3
Gesamt	23	68	91	84
darunter Teilzeitkräfte (volle Kopfzahl)	7	7	14	11
darunter Teilzeitkräfte (auf Vollzeitstellen umgerechnet)	5,3	4,1	9,4	7,3

Organe der Tradegate AG Wertpapierhandelsbank

Im Folgenden sind gemäß § 285 Nr. 10 HGB die Mitglieder des Vorstandes und die Mitglieder des Aufsichtsrates zum 31. Dezember 2011 aufgelistet.

Mitglieder des Vorstandes

Thorsten Commichau, Vorstand für IT , Berlin

Jörg Hartmann, Vorstand für den Börsenhandel Inland , Berlin

Klaus-Gerd Kleversaat, Marktvorstand Privatbankgeschäft , Berlin

Holger Timm, Vorstandsvorsitzender, Berlin

Kerstin Timm, Vorstand für den Börsenhandel Ausland , Berlin

Mitglieder des Aufsichtsrats

Prof. Dr. Jörg Franke, Frankfurt am Main (Vorsitzender)
Mitglied in mehreren Aufsichtsräten

Frank-Uwe Fricke, Berlin, (ab 17. Juni 2011)
Vorstand der EuroChange Wechselstuben AG

Karsten Haesen, Berlin,
Vorstand der Ventegis Capital AG

Wolfgang Hermanni, Berlin, (bis 17. Juni 2011)
Kaufmann

Dr. Andor Koritz, Berlin, (stellv. Vorsitzender)
Rechtsanwalt

Rainer Riess, Frankfurt am Main
Managing Director Market Development, Deutsche Börse AG

Pamela Schmidt-Fischbach, Nürnberg,
Direktor Legal Department Cortal Consors S.A. Zweigniederlassung Deutschland

Organbezüge

Die Vorstandsmitglieder erhielten von der Tradegate AG Wertpapierhandelsbank Bezüge in Höhe von 1.466 T€ Davon entfielen 0,5 T€ auf geldwerte Vorteile aus einer Gruppenunfallversicherung. Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhielten Bezüge in Höhe von 57 T€ einschließlich Umsatzsteuer.

Honorare an Dohm Schmidt Janka Revision und Treuhand AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft nach § 285 Nr. 17 HGB

Die Tradegate AG Wertpapierhandelsbank hat im vergangenen Geschäftsjahr an den Abschlussprüfer, die Dohm Schmidt Janka Revision und Treuhand AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, folgende Zahlungen geleistet und folgenden Aufwand erfasst:

in TEUR	Zahlungen	Aufwand
Für die Abschlussprüfung	70	70
Für sonstige Bestätigungs- oder Bewertungsleistungen	28	33
Gesamt	98	103

Im Vorjahr waren folgende Beträge erfasst:

in TEUR	Zahlungen	Aufwand
Für die Abschlussprüfung	71	68
Für sonstige Bestätigungs- oder Bewertungsleistungen	19	19
Gesamt	90	87

Gewinnverwendungsvorschlag

Der Vorstand schlägt der Hauptversammlung vor, den Bilanzgewinn 2011 zur Zahlung einer Dividende in Höhe von 0,08 € je umlaufender Aktie am Tag der Hauptversammlung zu verwenden. Der nicht benötigte Teil des Bilanzgewinns soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Berlin, 28. Februar 2012

Tradegate AG Wertpapierhandelsbank

Thorsten Commichau

Jörg Hartmann

Klaus-Gerd Kleversaat

Kerstin Timm

Holger Timm

Lagebericht der Tradegate AG Wertpapierhandelsbank zum Jahresabschluss per 31. Dezember 2011

1. Vorwort

Die Gliederung des Lageberichtes folgt im Wesentlichen den vom Deutschen Rechnungslegungs Standards Committee e.V. verabschiedeten im Deutschen Rechnungslegungs Standard 15 niedergelegten Regelungen.

2. Geschäft und Strategie

2.1. Organisation und Geschäftsfelder

Die Gesellschaft verfügt über die von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht erteilte Erlaubnis zum Betreiben von Bank- und Finanzdienstleistungsgeschäften. Der volle Umfang der Erlaubnis kann auf der Homepage der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht eingesehen werden. Die wesentlichen Erlaubnistatbestände aus Sicht der Gesellschaft sind:

Einlagengeschäft (§ 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 KWG),
Kreditgeschäft (§ 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 KWG),
Finanzkommissionsgeschäft (§ 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 4 KWG),
Depotgeschäft (§ 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 5 KWG),
Emissionsgeschäft (§ 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 10 KWG),
Anlagevermittlung (§1 Abs.1a Satz 2 Nr. 1 KWG),
Abschlussvermittlung (§1 Abs. 1a Satz 2 Nr. 2 KWG),
Eigengeschäft (§ 32 Abs. 1a KWG) und
Eigenhandel für andere (§1 Abs. 1a Satz 2 Nr. 4 KWG).

Zur Umsetzung ihrer Geschäftsfelder ist die Gesellschaft als Skontroführer bzw. Market Specialist an der Frankfurter Börse und der Börse Berlin tätig. Sie hat weitere Börsenzulassungen in München, Stuttgart, Hamburg, Hannover und Düsseldorf und ist Designated Sponsor auf XETRA. Der Schwerpunkt der Handelstätigkeit liegt seit einigen Jahren in der Betreuung von Finanzinstrumenten (Aktien und ETFs) als Market Specialist an der TRADEGATE EXCHANGE. Der Betrieb der TRADEGATE EXCHANGE erfolgt durch die Tradegate Exchange GmbH, Berlin, an der die Gesellschaft zum Bilanzstichtag noch knapp 25% der Geschäftsanteile hält und die als „Joint Venture“ gemeinsam mit dem Mehrheitsgesellschafter Deutsche Börse AG betrieben wird.

Die Gesellschaft stellt an verschiedenen Börsen fortlaufend in rund 6.000 Wertpapiergattungen, überwiegend Aktien, An- und Verkaufspreise. Soweit die Gesellschaft ihre Tätigkeit als Skontroführer an den Börsen in Frankfurt und Berlin wahrnimmt, fließt ihr für Umsätze eine Provision, die Maklercourtage, zu. Im Mai 2011 wurde das Marktmodell der Frankfurter Wertpapierbörse dahingehend verändert, dass die bisherigen Skontroführer nunmehr als Market Specialist tätig sind und damit die Makler-Courtage entfällt. Wesentliche Ertragsquelle der Gesellschaft ist das Finanz-/Handelsergebnis, das sich aus dem rechnerischen Spread zwischen Ankauf und Verkauf einer Position ergibt. An elektronischen Börsen oder Marktplätzen wie XETRA, der TRADEGATE EXCHANGE und nun auch der Frankfurter Wertpapierbörse wird keine Maklerprovision fällig und der Ertrag wird hier durch das Handelsergebnis aus An- und Verkauf bestimmt. Da das Geschäft volumengetrieben ist, versucht die Gesellschaft, möglichst viele Kunden mit ihren Preisen zu erreichen. Mittel- oder langfristige Risikopositionen aus dem Eigenhandel sind nicht vorgesehen und nicht Teil des Geschäftskonzeptes. Längerfristige Eigenbe-

stände sind daher immer ausschließlich Teil der Liquiditätssteuerung der Gesellschaft und dem Vorstand vorbehalten.

Die Geschäftsführung, alle administrativen Bereiche und die überwiegenden operativen Bereiche sind am Hauptsitz der Gesellschaft in Berlin angesiedelt. In Frankfurt am Main unterhält die Gesellschaft eine technisch und personell ausgestattete Niederlassung für die lokal angesiedelte Tätigkeit als Market Specialist an der Frankfurter Börse.

Wegen der ständig zunehmenden Bedeutung des computergestützten Handels liegt ein Schwerpunkt der Gesellschaft in den beiden Abteilungen IT-Operations und IT-Development. Die Gesellschaft ist daher in diesen Bereichen weitgehend autark und legt insbesondere Wert auf die Entwicklung proprietärer Programme für die Bereiche Handel, Handelsabwicklung und Risikocontrolling.

Die Geschäftsführung der Gesellschaft besteht aus fünf Vorstandsmitgliedern, von denen zwei für die Handelsbereiche einschließlich der Leitung der Niederlassung in Frankfurt zuständig sind. Ein weiteres Vorstandsmitglied ist für die Bereiche IT-Development und IT-Operations zuständig und betreut die Tradegate Exchange GmbH als Geschäftsführer. Der Bereich Bankgeschäfte liegt in der Verantwortung eines weiteren Vorstandsmitglieds. Der Vorstandssprecher ist schwerpunktmäßig für die strategische Planung und Koordination sowie die administrativen Bereiche wie Organisation, Personalwesen, Compliance und Recht, Marktfolge Kreditgeschäft, Revision und Verhinderung von Geldwäsche sowie Rechnungswesen einschließlich Controlling und Meldewesen zuständig.

2.2. Wettbewerbsposition, Ziele und Strategie

Ab dem Jahr 2010 wird die seit dem Jahr 2000 entwickelte und betriebene Handelsplattform TRADEGATE[®] als neue Wertpapierbörse in Deutschland und Europa betrieben. Damit steht die TRADEGATE EXCHANGE nun in einem direkten und vergleichbaren Wettbewerb insbesondere mit den sieben deutschen Präsenzbörsen. Für die Gesellschaft ist der weitere Erfolg der TRADEGATE EXCHANGE wichtig, weil inzwischen bis zu 95% der Geschäftsabschlüsse und bis zu 86% der Erträge aus dem Handel als Spezialist für Aktien und ETFs an der TRADEGATE EXCHANGE resultieren. Um den nachhaltigen Erfolg und das weitere Wachstum an der TRADEGATE EXCHANGE zu sichern bzw. zu steigern, wurde im Geschäftsjahr 2010 die Trägergesellschaft der neuen Börse, die Tradegate Exchange GmbH, als Joint Venture mit dem neuen Mehrheitsgesellschafter, der Deutschen Börse AG, betrieben. Nach einem Zuwachs von rund 31% in der Anzahl der Aktientrades an der TRADEGATE EXCHANGE im Jahre 2010 fiel der Zuwachs im Jahr 2011 mit 76,58% auf nun über 5,5 Millionen Einzeltransaktionen herausragend aus. Da die relevanten Wettbewerber keine ähnlichen Zuwächse verzeichnen konnten ist der Marktanteil der TRADEGATE EXCHANGE am Aktienhandel, im Vergleich zu den sieben deutschen Wettbewerbsbörsen, wiederum deutlich auf bis zu 51% gestiegen. In Bezug auf das Marktsegment Aktienhandel konnte sich die TRADEGATE EXCHANGE inzwischen somit als die mit Abstand führende Handelsplattform für Privatanleger in Deutschland positionieren.

Im Jahr 2011 konnten mehrere neue Kunden für die TRADEGATE EXCHANGE gewonnen werden, die wesentlich zu dem deutlichen Umsatzanstieg und der Gewinnung von Marktanteilen beigetragen haben.

Neben der Tätigkeit als Spezialist an der TRADEGATE EXCHANGE wird die Gesellschaft auch weiter als Skontroführer an der Berliner Wertpapierbörse und als Market Specialist an der Frankfurter Wertpapierbörse tätig bleiben. Die Überführung der Marktbetreuung von Wertpapieren an der Frankfurter Wertpapierbörse im Jahr 2011 auf ein anderes Handelssystem (XETRA 2) und ein neues Handelsmodell war mit einigen Startschwierigkeiten verbunden, die wahrscheinlich bei allen ehemaligen Skontroführern und heutigen Market Specialists zunächst zu wirtschaftlichen Einbußen geführt haben. Die

Gesellschaft geht aber davon aus, dass das Marktmodell in Frankfurt auch im Jahr 2012 weiter modifiziert und verbessert wird und auch künftig eine wichtige Rolle im Dienstleistungsspektrum der Gesellschaft spielen kann. Aus der Gesamtschau ergänzen sich die Tätigkeiten der Gesellschaft an den Börsen TRADEGATE EXCHANGE, Frankfurt und Berlin hervorragend, da alle drei Börsen unterschiedliche Stärken und Schwächen aufweisen bzw. für unterschiedliche Kundenbedürfnisse zugeschnitten sind.

Die Gesellschaft hat ihre Geschäftssparten mit der Aufnahme des Vollbankbetriebes zwar erweitert, wird sich aber auch langfristig auf ihre Kernkompetenz im Wertpapierhandel mit Aktien und ETFs konzentrieren. Durch den zu erwartenden Umsatzanstieg an der TRADEGATE EXCHANGE und die weitere Tätigkeit als Spezialist bzw. Skontroführer auch an der Frankfurter und Berliner Wertpapierbörse sollte es der Gesellschaft auch in den kommenden Jahren gelingen, die für einen profitablen Geschäftsbetrieb erforderliche Menge an Geschäftsabschlüssen sicherzustellen.

2.3. Geschäftsverlauf und Entwicklung der Rahmenbedingungen

Die allgemeinen Rahmenbedingungen für Wertpapierhandelsfirmen, insbesondere im Handel mit Privatanlegern, haben sich im Jahr 2011 nicht verbessern können. Die Aktionärszahl in Deutschland befindet sich weiter auf einem sehr niedrigen Niveau, und abgesehen von Sonderbewegungen, z.B. auf Grund der Katastrophe von Fukushima, haben die Privatanleger ihre Handelsaktivität auch nicht gesteigert. Der erhöhte Wettbewerbsdruck unter den verbliebenen Wertpapierhandelsfirmen und Handelsplattformen bzw. Börsen um insgesamt zu wenig Geschäfte führte zu einem Rückgang der Bruttomargen je Trade und erlaubt mittelfristig sicher nur noch wenigen Gesellschaften einen profitablen Geschäftsbetrieb, sodass von einer weiteren Marktberreinigung auszugehen ist.

Im Jahr 2011 ergibt sich im Geschäftsverlauf für die Gesellschaft ein sehr uneinheitliches Bild. Nachdem im Jahr 2010 erstmals alle 12 Monate ein profitabler Geschäftsbetrieb realisiert werden konnte, waren 2011 mit Juni, September und November wieder 3 Monate mit allerdings geringfügig roten Zahlen zu verzeichnen. Dem stehen mit den Monaten März (bedingt durch die Fukushima-Katastrophe) und August (bedingt durch die Euro-Krise) zwei extreme umsatz- und ertragsstarke Monate gegenüber. Insgesamt konnten sehr erfreuliche Umsatzzuwächse erzielt werden, weil es der Gesellschaft wiederum gelungen ist, erhebliche Marktanteile zu gewinnen. Durch die insgesamt erhöhte Liquidität an der TRADEGATE EXCHANGE und die Verlagerung des Schwerpunktes der Handelsaktivität der Privatanleger auf sehr liquide Standardtitel wie z.B. Commerzbank war im Laufe des Jahres allerdings eine nicht unerhebliche Reduzierung der Bruttomargen festzustellen.

Nach dem Umsatzzuwachs bei den sogenannten Börsenschlussnoten aus der Skontroführung an den Börsen Frankfurt und Berlin im Jahr 2010 um 25,4% war im Jahr 2011 wieder ein Rückgang von rund 8 % auf nun 408.507 Transaktionen zu verzeichnen. Offensichtlich ist ein weiterer Verlust von Marktanteilen der traditionellen Börsen gegenüber elektronischen Börsen- oder Handelssystemen wie XETRA oder der TRADEGATE EXCHANGE ursächlich für diesen Umsatzrückgang. Diesen Trend hat die Umstellung des Marktmodells der Frankfurter Börse im Mai 2011 zunächst noch nicht beenden können.

An der TRADEGATE EXCHANGE konnten im Jahr 2011 dagegen im nunmehr 10. Jahr in Folge die Transaktionszahlen deutlich gesteigert werden. Für die Gesellschaft ergab sich im Handel mit Aktien und ETFs ein Anstieg um 76,58% auf nun 5.501.650 Transaktionen. Auch das durchschnittliche Handelsvolumen je Einzeltransaktion stieg von 5.443,- € auf 5.761,- €. Insgesamt stieg das Handelsvolumen im Rahmen der Spezialistentätigkeit an der TRADEGATE EXCHANGE für Aktien und ETFs im Jahr 2011 überproportional von 16,96 Mrd. € im Jahr 2010 um fast 87% auf nunmehr 31,7 Mrd. € an.

Der weiteren Verlagerung von Geschäftsanteilen auf die TRADEGATE EXCHANGE hat die Gesellschaft insoweit Rechnung getragen, dass umsatzlose oder unrentable Wertpapiergattungen an der Frankfurter oder Berliner Wertpapierbörse abgegeben bzw. delistet wurden und an der TRADEGATE EXCHANGE weitere Gattungen in den Handel einbezogen wurden. Die Zahl der als Skontroführer an der Berliner Wertpapierbörse betreuten Gattungen reduzierte sich im Berichtsjahr deutlich von 8.536 auf nun 4.826 Gattungen. Im Zuge der Marktumstellung an der Frankfurter Börse ergab sich eine Verringerung der nun als Market Specialist betreuten Gattungen von 1.260 auf nun 948. An der TRADEGATE EXCHANGE ist ein Zuwachs der betreuten Wertpapiergattungen von 5.635 auf 6.001 (Aktien und ETFs) zu verzeichnen.

Die Anzahl der Mitarbeiter der Gesellschaft nahm leicht zu. Dreizehn Neuzugängen (davon drei im erweiterten Konzernverbund) standen sechs Austritte gegenüber. Zum Jahresende waren 91 Mitarbeiter in der Tradegate AG Wertpapierhandelsbank beschäftigt. Die Altersstruktur hat sich aufgrund der Neueinstellung junger Mitarbeiter für die Bereiche Handel und Informationsverarbeitung nur geringfügig verändert. Das Durchschnittsalter liegt bei etwa 39,3 Jahren (Vorjahr 38,6 Jahre) mit dem Schwerpunkt der Altersklasse 31 – 40 Jahre. Die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit beträgt 8,7 Jahre (Vorjahr 8,6 Jahre). Über die Hälfte der Mitarbeiter hat eine Betriebszugehörigkeit von 10 Jahren oder darüber. Die Gesellschaft legt großen Wert darauf, ihre gut ausgebildeten und qualifizierten Mitarbeiter auch in umsatzschwachen Zeiten zu halten. Ein flexibler Auf- oder Abbau, z.B. mit Zeitarbeitern je nach Geschäftsverlauf, ist in der Branche schlecht möglich und von der Gesellschaft auch nicht gewollt. Vielmehr stellt die Gesellschaft durch flexible Vergütungsmodelle sicher, dass einerseits in wirtschaftlich schwierigen Situationen keine untragbar hohen Festgehälter die Gesellschaft gefährden und andererseits in erfolgreichen Phasen die Mitarbeiter angemessen am Unternehmenserfolg beteiligt werden. Die Mitarbeiter und Vorstände der Gesellschaft erhalten neben ihren festen monatlichen Bezügen eine variable Vergütung. Das Gesamtvolumen der variablen Vergütung ist vom handelsrechtlichen Ergebnis der Gesellschaft abhängig und wird quartalsweise ermittelt. Die Verteilung auf die einzelnen Mitarbeiter und Vorstände erfolgt anhand verschiedener Kriterien, z. B. Stellung im Unternehmen, Betriebszugehörigkeit, besondere Aufgaben u. a.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden keine nennenswerten Neuinvestitionen, sondern nur die üblichen Ergänzungen oder Erneuerungen der bestehenden IT-Systeme vorgenommen. Software wird in der Regel durch die Gesellschaft selbst entwickelt und gewartet. Die darin einfließenden Personalkosten sind nicht aktivierungsfähig. Lediglich partiell werden einzelne Werkverträge nach außen vergeben, die je nach Umfang aktivierungspflichtig sind. Im Bereich Netzwerke, Datenbanken, Textverarbeitung usw. wird auf Standardsoftware der großen Anbieter zurückgegriffen.

Insgesamt ist der Kostenanteil für Administration und Verwaltung allein zur Einhaltung aller börslichen und gesetzlichen Rahmenbedingungen sehr hoch. Dieser hatte sich insbesondere im Rahmen des im Jahre 2009 begonnenen Betriebes als Vollbank erhöht. Besonders deutlich wird dies an dem extremen Anstieg der Umlagekosten durch die BaFin für die Aufsicht über den Wertpapierhandel. Abgesehen von den erheblich und überwiegend durch die Finanzkrise bedingten gestiegenen Gesamtkosten der BaFin (2008: 82 Mio. €, 2012 voraussichtlich 150 Mio. €), ist durch die Erweiterung der Geschäftslizenz der Gesellschaft als „Vollbank“ durch die BaFin eine nach unserer Auffassung nicht sachgerechte Umgruppierung im Rahmen der Gebührenordnung vorgenommen worden, die zu einer extremen Kostenbelastung geführt hat. Waren als Wertpapierhandelsbank noch jährliche Kosten zwischen 30.000,00 € und 50.000,00 € für den Aufsichtsbereich Wertpapierhandel zu veranschlagen, haben sich die Umlagenbescheide nunmehr wie folgt entwickelt: 2008: 312.000,00 €, 2009: 473.500,00 €, 2010: 712.275,00 €, 2011: Vorauszahlungsbescheid über 712.000,00 €, 2012: Vorauszahlungsbescheid über 972.362,00 €. Damit wird die Gesellschaft derzeit mit 5,06 % der

Umlagekosten aller Kreditinstitute für den Aufsichtsbereich WP-Handel belastet, obwohl die gestiegenen Aufsichtskosten in erster Linie durch die höheren Anforderungen an Beratungsprotokolle etc. verursacht werden und nicht durch die Skontroführer oder Spezialisten. Im Extremfall kann dieser systematische Fehler in der Gebührenordnung der BaFin dazu führen, dass die Kosten der Aufsicht zwar von mehreren tausend Kreditinstituten verursacht werden, aber letztlich bis zu 50% der Kosten durch einige wenige Gesellschaften aufgebracht werden müssen, die alle Wertpapiergeschäfte als Spezialisten an den deutschen Börsen abwickeln. Die Gesellschaft hat daher zunächst Widerspruch gegen alle endgültigen Umlagebescheide der BaFin eingelegt und befindet sich für das Jahr 2008 im Verwaltungsgerichtsverfahren.

Angesichts des weiter schwierigen Marktumfeldes und der gestiegenen allgemeinen Verwaltungskosten ist das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit in Höhe von 6,793 Mio. € (+61 %) als sehr erfreulich zu bezeichnen. Im nunmehr zweiten Jahr war nach der Vorschrift gemäß § 340e Abs. IV HGB 10 % des durchschnittlichen Handelsergebnisses der letzten 5 Jahre in den Fonds für allgemeine Bankrisiken einzustellen. Die Zuführung betrug für das Jahr 2011 2,444 Mio. € nach 1,805 Mio. € im Vorjahr. Der Jahresüberschuss nach Zuführung in den Fonds für allgemeine Bankrisiken und nach Steuer stieg um gut 91 % auf 2,178 Mio. €

3. Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Vermögenslage der Tradegate AG Wertpapierhandelsbank ist unverändert von einer relativ hohen Liquidität und Eigenkapitalausstattung geprägt. Die Forderungen an Kreditinstitute stellen neben den Handelsbeständen die größten Posten der Aktiva. Die Gesellschaft weist unter den Beteiligungen einen Anteil in Höhe von 25 % abzüglich eines Geschäftsanteils an der Tradegate Exchange GmbH aus. Die Beteiligung an der Skonto AG wurde zum 31. Dezember vollständig abgeschrieben.

Im Kreditgeschäft, das ausschließlich als Effektenlombardkreditgeschäft betrieben wird, kam es noch nicht zum Abschluss von Kreditverträgen und Inanspruchnahmen. Die Einlagen von privaten Kunden haben sich gegenüber dem Bilanzstichtag des Vorjahres verringert, sodass zum Bilanzstichtag die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden auch insgesamt auf 412 T€ (Vj 689 T€) zurückgingen. Davon entfallen auf die Kundeneinlagen aus dem Privat Banking 400 T€ (Vj. 583 T€). Die Anlage der Kundeneinlagen erfolgt fristenkongruent bei inländischen Kreditinstituten oder der Deutschen Bundesbank.

In der nachstehenden Tabelle ist die Entwicklung der Aktivposten in den letzten drei Jahren dargestellt.

Aktivposten	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2011
Barreserve	1 T€	648 T€	155 T€
Forderungen an Kreditinstitute	29.790 T€	33.555 T€	37.853 T€
Forderungen an Kunden	497 T€	189 T€	66 T€
Handelsbestand	1.835 T€	3.113 T€	1.019 T€
Beteiligungen	261 T€	386 T€	125 T€
Anteile an verbundenen Unternehmen	500 T€	- T€	- T€
Immaterielle Anlagewerte	107 T€	301 T€	185 T€
Sachanlagen	271 T€	134 T€	154 T€
Sonstige Vermögensgegenstände	576 T€	380 T€	476 T€
Rechnungsabgrenzungsposten	63 T€	90 T€	30 T€
Aktive latente Steuern	- T€	37 T€	34 T€
Summe Aktiva	33.901 T€	38.833 T€	40.097 T€

Die Verbindlichkeiten der Gesellschaft machen weiterhin nur einen kleineren Teil der Passivseite aus. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beinhalten insbesondere 365 T€ (Vj. 1.047 T€) aus der Inanspruchnahme von Abwicklungsdienstleistungen. Der auf der Passivseite ausgewiesene Handelsbestand setzt sich aus den im Rahmen der Tätigkeit als Spezialist und Skontroführer eingegangenen Leerverkäufen zusammen. Stichtagsbedingt haben sie gegenüber dem Vorjahr deutlich abgenommen. Die sonstigen Verbindlichkeiten enthalten zum einen Verbindlichkeiten aus im Rahmen des Geschäftsbetriebes bezogenen Lieferungen und Leistungen und zum anderen Verbindlichkeiten gegenüber der Bankenaufsicht. Sie haben sich im Vergleich zum Vorjahr verringert. Wesentliche Posten sind die Verbindlichkeiten aus bezogenen Leistungen sowie Nachzahlungen für die Bankenaufsicht. Größte Position des Postens Rückstellungen sind die Steuerrückstellungen in Höhe von 912 T€ (Vj. 507 T€). Die offenen Rücklagen für die Risiken aus Handelsbeständen, die unter dem Posten Fonds für allgemeine Bankrisiken ausgewiesen werden, betragen zum 31. Dezember 2011 4.249 T€ (Vj. 1.805 T€). Dieser Fonds wird im Rahmen der Bankenaufsicht zum Kernkapital gerechnet, Die Eigenkapitalquote steigt leicht von 78 % auf 80 %. Das Eigenkapital zusammen mit dem Fonds für allgemeine Bankrisiken macht 91 % (Vj. 82%) der Bilanzsumme aus.

Passivposten	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2011
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	660 T€	1.358 T€	430 T€
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	80 T€	689 T€	412 T€
Handelsbestand	567 T€	1.952 T€	259 T€
Sonstige Verbindlichkeiten	779 T€	1.103 T€	853 T€
Rechnungsabgrenzungsposten	35 T€	10 T€	72 T€
Passive latente Steuern	- T€	11 T€	11 T€
Rückstellungen	1.737 T€	1.769 T€	1.699 T€
Fonds für allgemeine Bankrisiken	- T€	1.805 T€	4.249 T€
Eigenkapital	30.043 T€	30.136 T€	32.113 T€
Summe Passiva	33.901 T€	38.833 T€	40.097 T€

Die Liquiditätsslage der Gesellschaft ist vom hohen Eigenkapital und dessen liquider Anlage geprägt. Den Verbindlichkeiten, die alle innerhalb eines Monats fällig sind, stehen die deutlich höheren Guthaben bei Kreditinstituten, die ebenfalls alle innerhalb eines Monats fällig sind, gegenüber. Die Kundeneinlagen aus dem Private Banking sind täglich fällig. In entsprechender Höhe werden liquide Mittel bei inländischen Kreditinstituten oder der Deutschen Bundesbank unterhalten. Die Tradegate AG Wertpapierhandelsbank kann zusätzliche liquide Mittel aus Effektenlombardkreditlinien bei den das Wertpapiergeschäft abwickelnden Banken in Anspruch nehmen.

Die Ergebnisrechnung der Gesellschaft zeigt als wesentliche Posten das Provisionsergebnis und das Ergebnis des Handelsbestands. Die Entwicklung dieser Komponenten ist überwiegend entscheidend für die Ergebnisentwicklung. Das Provisionsergebnis ist im vergangenen Geschäftsjahr von 1.468 T€ auf 600 T€ gesunken. Die Nettoerträge aus der Vermittlung von Wertpapiergeschäften setzen sich aus der Nettocourtage und der Vergütung für Spezialisten an der Frankfurter Wertpapierbörse zusammen. Sie machen den wesentlichen Teil des Provisionsergebnisses aus und fielen von 1.833 T€ auf 1.401 T€. Die wesentlichen Einflussfaktoren des Nettoertrags des Handelsbestands sind die realisierten Ergebnisse aus der Tätigkeit als Spezialist, die Differenzen aus Aufgabengeschäften aus der Skontroführung und die Aufwendungen für die Abwicklung der Handelsgeschäfte. Einen untergeordneten Einfluss üben das Bewertungsergebnis und die laufenden Erträge (Dividenden, Zinsen) aus den Wertpapieren des Handelsbestands aus. Das Jahr 2011 war von den Auswirkungen der Naturkatastrophe in Japan und der Euro-Krise geprägt. Es begann mit einem sehr guten ersten Quartal, dem ein im Vergleich schwächeres zweites Quartal folgte. Das dritte Quartal war durch die starken

Marktbewegungen im Zuge der Turbulenzen um die südlichen Staaten der Europäischen Union wieder stärker. Zum Jahresausklang folgte im vierten Quartal wieder eine Beruhigung des Geschäfts mit entsprechend geringeren Ertragszahlen.

Im Einzelnen entwickelten sich die wichtigsten Komponenten des Nettoertrages des Handelsbestands wie folgt: Die Nettodifferenzen aus Aufgabengeschäften verringerten sich um 55 %. Hintergrund des Rückgangs war die Umstellung des Handelsmodells an der Frankfurter Wertpapierbörse vom Skontrohandel auf den Spezialistenhandel. In diesem Zusammenhang wurden die Aufgabengeschäfte abgeschafft. Die realisierten Nettoergebnisse aus dem Wertpapierhandel, der Saldo aus realisierten Gewinnen und realisierten Verlusten, wurden deutlich um 8.504 T€, 40 % (Vj. + 4.902 T€, 15,4 %) gesteigert. Das stark belebte Geschäftsvolumen zog entsprechend höhere Aufwendungen für die Abwicklung des Geschäfts nach sich. Nach einem Anstieg auf 5.877 T€ im vorangegangenen Geschäftsjahr betragen die Aufwendungen 2011 6.487 T€.

Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen erhöhten sich deutlich. Da die Mitarbeiter am besseren Betriebsergebnis beteiligt wurden, stiegen die Personalaufwendungen um 1.452 T€ an. Die Entwicklung der anderen Verwaltungsaufwendungen ist vor allem von der Ausweitung der Handelstätigkeit an der TRADEGATE EXCHANGE und der damit im Zusammenhang stehenden Aufwendungen geprägt. Insbesondere die Aufwendungen für die Informations- und Handelssysteme sowie die Aufwendungen für die Regulierung der Wertpapiergeschäfte, die abhängig von der Anzahl der Geschäfte oder dem gehandelten Volumen sind, haben sich entsprechend erhöht. Für das Geschäftsjahr wurden Steuerrückstellungen in Höhe von 868 T€ (Vj. 507 T€) gebildet.

Gewinn- und Verlustrechnung	2009	2010	2011
Zinserträge	223 T€	172 T€	292 T€
Zinsaufwendungen	- 6 T€	- T€	0 T€
Laufende Erträge	1 T€	- T€	- T€
Provisionserträge	2.183 T€	3.330 T€	2.383 T€
Provisionsaufwendungen	- 873 T€	- 1.862 T€	- 1.783 T€
Nettoergebnis des Handelsbestands	13.773 T€	18.051 T€	24.435 T€
Sonstige betriebliche Erträge	1.125 T€	856 T€	923 T€
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	- 13.705 T€	- 16.024 T€	- 18.963 T€
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	- 351 T€	- 267 T€	- 204 T€
Sonstige betriebliche Aufwendungen	- 20 T€	- 28 T€	- 25 T€
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere	- 53 T€	- 10 T€	- 4 T€
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	- T€	- T€	- 261 T€
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	2.297 T€	4.218 T€	6.793 T€
Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	- T€	- 1.805 T€	- 2.444 T€
Steuern von Einkommen und vom Ertrag	- 91 T€	- 1.275 T€	- 2.171 T€
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	2.206 T€	1.138 T€	2.178 T€

Aus der Ergebnisentwicklung lassen sich die folgenden Kennzahlen ableiten:

- Aufwands-Ertrags-Relation (CIR) definiert als Quotient aus der Summe der allgemeinen Verwaltungsaufwendungen und den Abschreibungen sowie dem Rohertrag,
- Eigenkapitalrendite (RoE) definiert als Quotient des Jahresüberschusses zuzüglich der Zuweisung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken und dem durchschnittlichen Eigenkapital,

- Ergebnis je Aktie (EpS) definiert als Quotient des Jahresüberschusses zuzüglich der Zuweisung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken und der Anzahl der Aktien am Bilanzstichtag.

	2009	2010	2011
CIR	91,9%	82,7%	75,7%
RoE	6,42%	9,77%	14,83%
EpS	0,091 €	0,121 €	0,188 €

Der Rückgang der Aufwands-Ertrags-Relation ist auf den starken Anstieg der Erträge zurückzuführen. Da die Aufwendungen unterproportional gestiegen sind, verbessert sich die Relation. Der Jahresüberschuss nebst Zuweisung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken nahm in den vergangenen Jahren deutlich zu. Das bilanzielle Eigenkapital, das den Fonds für allgemeine Bankrisiken nicht enthält, nahm langsamer zu, sodass die Eigenkapitalrendite entsprechend anstieg. Da sich die Anzahl der Aktien nur relativ gering im Zuge der Ausübung von Optionen erhöhte, schlägt sich das verbesserte Ergebnis auch im Ergebnis pro Aktie nieder.

Zusammenfassend kann von einer positiven Entwicklung im vergangenen Geschäftsjahr und zufriedenstellenden Lage der Gesellschaft gesprochen werden.

4. Nachtragsbericht

Es sind keine wesentlichen Ereignisse nach dem Bilanzstichtag eingetreten.

5. Risikobericht

5.1. Institutsaufsicht

Die Tradegate AG Wertpapierhandelsbank unterliegt aufgrund der Erlaubnis, Bank- und Finanzdienstleistungen erbringen zu dürfen, der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. Danach sind monatlich ein Zwischenausweis die Berechnungen zur Liquiditätsverordnung sowie quartalsweise die Berechnungen zur Solvabilitätsverordnung, und Meldungen zu Groß- und Millionenkrediten abzugeben. Bei besonderen Ereignissen sind zudem gesonderte Anzeigen einzureichen. Aufgrund der Erlaubnis bestimmte Bankgeschäfte zu betreiben, ist die Gesellschaft verpflichtet, eine interne Revision gemäß den Mindestanforderungen an das Risikomanagement zu unterhalten.

Gemäß Teil 5 der Solvabilitätsverordnung sind bestimmte Informationen zum Risikomanagementsystem und zur Solvabilitätsverordnung offen zu legen. Die Tradegate AG Wertpapierhandelsbank kommt den Offenlegungsvorschriften mit einem separaten Offenlegungsbericht nach.

Die Finanzholding-Gruppe Berliner Effektengesellschaft AG hat die Regelungen zur Solvabilitätsverordnung auf Gruppenebene zum zusammengefassten Monatsausweis und zu den Großkrediten von Institutgruppen zu beachten. Die Tradegate AG Wertpapierhandelsbank ist per Gesetz übergeordnetes Unternehmen der Finanzholding-Gruppe. Die aufsichtsrechtliche Gruppe umfasst grundsätzlich alle Unternehmen, die auch in den handelsrechtlichen Konzernabschluss einbezogen werden. Lediglich die den sonstigen Unternehmen zuzurechnenden Konzerngesellschaften sowie die Sondervermögen sind in die Zusammenfassung nach dem KWG nicht einzubeziehen. Für die Finanzholding-Gruppe Berliner Effektengesellschaft AG ist die Extra Sportwetten AG, Wien, die im Rahmen einer Vollkonsolidierung in den IFRS-Konzernabschluss einbezogen wird, nicht in dieser Zusammenfassung enthalten. Ein Abzug des Buchwertes erfolgt für diese aufsichtsrechtlich nicht. Die quirin bank AG mit ihren Tochterunternehmen wird in den IFRS-

Konzernabschluss at equity einbezogen. Für die aufsichtsrechtlichen Meldungen stellt sie nur eine Beteiligung der Berliner Effektengesellschaft AG dar. Die quirin bank AG ist eine eigenständige meldepflichtige Institutsgruppe.

Die Kennziffern auf Ebene des Instituts hinsichtlich der Solvabilitätsverordnung und der Liquiditätsverordnung erfüllten die Mindestanforderungen stets ohne Probleme. So lag die Gesamtkennziffer der Solvabilitätsverordnung zwischen 58,3 und 70,64. Für die bisherige Geschäftstätigkeit ist die Solvabilitätskennziffer nicht die entscheidende Größe für die Ausstattung mit Eigenkapital. Hier fallen die Anforderungen der Wertpapiermärkte stärker ins Gewicht, sodass sich, bezogen auf die zu unterlegenden Risikoaktiva, eine sehr komfortable Ausstattung mit Eigenmitteln ergibt. Im Hinblick auf das zukünftig betriebene Kreditgeschäft wird entsprechend der Geschäftsplanung ein Teil der Eigenmittel reserviert. Das Institut nutzt für die Institutsmeldung den Kreditrisikostandardansatz, den Standardansatz für Marktrisikopositionen und den Basisindikatoransatz für operationelle Risiken.

Die Eigenmittel der Finanzholding-Gruppe setzen sich aus dem gezeichneten Kapital der Berliner Effektengesellschaft AG, ihrer Kapitalrücklage sowie den sonstigen Rücklagen zusammen, soweit sie im Rahmen der Eigenkapitalkonsolidierung nicht gekürzt werden. Davon werden eigene Anteile, aktivische Unterschiedsbeträge aus der Kapitalkonsolidierung und immaterielle Vermögensgegenstände abgezogen. Unter den immateriellen Vermögensgegenständen werden Software und erworbene Werte ausgewiesen. Die Eigenmittel der Gruppe setzen sich ausschließlich aus Kernkapital zusammen. Für den 31. Dezember 2011 setzen sich die Eigenmittel wie folgt zusammen:

Bezeichnung	Betrag
eingezahltes Kapital	13.868 T€
eigene Anteile	-285 T€
Kapitalrücklage	31.558 T€
sonstige Rücklagen	11.412 T€
Anteile in Fremdbesitz	9.187 T€
aktivischer Unterschiedsbetrag	-8.536 T€
immaterielle Vermögensgegenstände	-315 T€
Kernkapital	56.889 T€

Die Meldung für die Finanzholding-Gruppe Berliner Effektengesellschaft AG erfolgt nach der Solvabilitätsverordnung. Die Gesamtkennziffer der Solvabilitätsverordnung auf Gruppenebene betrug von Januar bis Dezember 2011 zwischen 73,27 und 100,80.

5.2. Risikopolitische Strategie und Risikomanagement

Die Tradegate AG Wertpapierhandelsbank bewegt sich in einem Umfeld, das zum einen starken Schwankungen hinsichtlich des Geschäftsumfanges und zum anderen einer Umwälzung der Rahmenbedingungen unterworfen ist. In diesem Umfeld ist es erforderlich, das Instrumentarium zur Handhabung, Überwachung und Steuerung der relevanten Risiken kontinuierlich weiter zu entwickeln. Mit den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) besteht ein strenger rechtlicher Rahmen für die Überwachungs- und Steuerungsmechanismen und ihrer Dokumentation. Unter Risiko wird grundsätzlich die negative Abweichung eintretender Ereignisse von den erwarteten Ereignissen verstanden. Schaden ist dann der Eintritt eines Risikos mit negativen Folgen. Da sich die Gesellschaft als Liquidity Provider bzw. Market Maker versteht, ist die Bildung und Übernahme von Wertpapierpositionen mit der Erwartung positiver Kursentwicklungen nicht der Ansatz der Geschäftsstrategie. Vielmehr zielt die Geschäftstätigkeit darauf ab, eine Vielzahl von Umsätzen in Wertpapieren zu ermöglichen. Dabei übernimmt die Gesellschaft im Laufe eines Tages zwischenzeitlich die Position als Käufer

oder Verkäufer mit dem Ziel, sie weitgehend bis zum Handelsschluss weiter zu handeln. Die Positionen, die bis zum Beginn des Handels am nächsten Tag gehalten werden, sind entsprechend der Strategie der Gesellschaft im Verhältnis zum Handelsvolumen gering. Wenn nennenswerte Einzelpositionen offen gehalten werden, so erfolgt dies grundsätzlich im Rahmen von Liquiditätsanlagen. Die Entwicklungen in der deutschen und der europäischen Börsenlandschaft sind ein wichtiger Einflussfaktor für die Geschäftstätigkeit und die damit zusammenhängenden technischen Entwicklungen und Rahmenbedingungen. Diese Tendenzen sind frühzeitig auf die Auswirkungen auf die Geschäftsfelder der Gesellschaft und auf die technischen Notwendigkeiten hin zu beobachten. Falsche Entscheidungen können vor allem zu hohen Kosten, Ertragsausfällen und Zeitverzögerungen führen. Für die weitere Tätigkeit im Börsenhandel ist vor allem das Augenmerk auf eine weitere Verlagerung auf elektronische Handelssysteme und deren Auswirkung zu richten. Insbesondere der weiteren Ausgestaltung der Parkettbörsen in Deutschland, der Bedeutung des Handelssystems XETRA sowie europäische Entwicklungen nach dem Inkrafttreten der MiFID kommen strategische Bedeutung zu.

Basis des Risikomanagementsystems ist die Einteilung der Risiken in Marktpreisrisiken, operationelle Risiken, Adressenausfallrisiken und Liquiditätsrisiken. Das Risikomanagementsystem unterscheidet die unmittelbar mit den Risiken umgehenden Bereiche, das Risikomanagement im engeren Sinne, und das Risikocontrolling, das die Risikosituation überwacht und das Risikomanagement insbesondere mit Informationen über eingegangene Risiken unterstützt. Der Bereich Controlling hat auch die Weiterentwicklung des Risikomanagementsystems wesentlich mit zu verantworten. Grundlage des Limitsystems ist das erwartete Ergebnis des Geschäftsjahres unter Einbeziehung der aktuellen Eigenkapitalausstattung und des aktuellen Ergebnisses des Geschäftsjahres. Für 2011 wurde eine Verlustobergrenze beschlossen, die im Verlauf des Geschäftsjahres nicht angepasst wurde.

5.3. Marktpreisrisiken

Unter Marktpreisrisiken werden negative Abweichungen von erwarteten Marktpreisentwicklungen verstanden. Marktpreise sind Zinsen, Aktienkurse und Devisenkurse. Aus der Änderung resultieren Veränderungen des Wertes von im Bestand befindlichen Finanzinstrumenten, z. B. Aktien, Anleihen oder Bankguthaben in Fremdwährung, die zu ergebniswirksamen Abschreibungen führen können. Da ein Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit im Handel und der Vermittlung von Wertpapiergeschäften in Aktien ausländischer Unternehmen liegt, insbesondere in US-amerikanischen Titeln, kommt hier zudem ein indirektes Fremdwährungsrisiko zum Tragen. Änderungen z.B. des Devisenkurses des US-\$ ziehen bei idealen Märkten entsprechende Änderungen des Aktienkurses in € nach sich. Im Rahmen des Risikomanagementsystems wird dieses Risiko aus Wertpapiergeschäften implizit im Rahmen des Aktienkursrisikos betrachtet.

Im vergangenen Geschäftsjahr wurden die Controllinglimite erfolgreich überwacht. Aufgrund der Ergebniserwartung für 2011 und der Eigenkapitalausstattung wurde eine absolute Verlustobergrenze für alle Geschäfte der Gesellschaft seitens des Vorstandes beschlossen. Ein Teil dieser Verlustobergrenze wurde als Controllinglimite auf die Handelsbereiche Ausland, Inland und Frankfurt a. M. aufgeteilt. Mit diesen Controllinglimiten werden die schwebenden Verluste aus den offenen Positionen begrenzt. Die schwebenden Verluste errechnen sich aus dem Wert der offenen Position und dem aktuellen Wert anhand eines Referenzpreises. Dieser Referenzpreis wird laufend ermittelt und in das Überwachungssystem eingespielt. In 2011 kam es zu gelegentlichen, kurzfristigen Überschreitungen der meistens nur gering ausgelasteten Limite. Hintergrund der Limitüberschreitungen war in fast allen Fällen eine fehlerhafte Versorgung des Überwachungssystems mit Referenzpreisen. Bei einer Benachrichtigung des Risikocontrollings über eine Limitüberschreitung wird die Ursache ermittelt und der Controllingvorstand entsprechend informiert. Der Controllingvorstand hält dann Rücksprache mit dem betroffenen Handelsvorstand über die zu treffenden Maßnahmen und informiert das Risikocontrolling

über das Ergebnis. Bei realisierten Verlusten, die bestimmte Schwellenwerte überschreiten, erfolgt automatisch eine Reduzierung des betreffenden Limits. In einem nachfolgenden Abgleich des aktuellen Ergebnisses der Gesellschaft mit dem geplanten Ergebnis wird über die Beibehaltung oder die Änderung der Limitanpassung entschieden. In 2011 erfolgten keine Anpassungen der Controllinglimite für den Wertpapierhandel.

Als zusätzliches Instrument zur Steuerung von Risiken aus dem Wertpapierhandel werden in seltenen Fällen Options- oder Futurekontrakte an der EUREX gehandelt. Für diese Kontrakte wurde im Geschäftsjahr ein separates Risikolimit vorgemerkt.

Ergänzend besteht ein Limit speziell für die Risiken aus den Beständen der Liquiditätsreserve. Die Bemessung der Höhe der Risiken wird analog der Betrachtung bei den Handelsbeständen gehandhabt. Bei Limitüberschreitungen wird der Vorstand unverzüglich informiert, der über die weitere Behandlung der Wertpapiere der Liquiditätsreserve beschließt.

Ein weiteres Controllinglimit besteht für Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Banken, Kunden und Lieferanten, sofern diese nicht auf € lauten. Hier sind insbesondere Risiken aus bei inländischen Kreditinstituten bestehende USD-Guthaben zu nennen. Limitüberschreitungen gab es hier nicht. Devisenswaps zum Management des Devisenrisikos wurden im vergangenen Jahr nicht eingesetzt. Limitüberschreitungen ziehen eine Benachrichtigung des Controllingvorstandes und des Handelsvorstandes nach sich, die dann über die weitere Vorgehensweise beschließen.

5.4. Operationelle Risiken

Unter operationellen Risiken sind die Risiken zu verstehen, die aus unangemessenen oder fehlerhaften Betriebsabläufen resultieren oder durch Mitarbeiter, Systeme oder externe Ereignisse, einschließlich der Rechtsrisiken, hervorgerufen werden.

Die bestehende Risikomatrix wurde bezüglich der Risiken, der Frühwarnindikatoren und möglichen Gegenmaßnahmen überprüft. Soweit es neue Erfahrungswerte gab, wurden die Frühwarnindikatoren neu in die Risikomatrix aufgenommen oder angepasst. Um einen Überblick über eintretende Schäden zu erhalten, waren die Mitarbeiter gehalten, Schadensfälle, die eine jeweils definierte Bagatellgrenze übersteigen, an das Risikocontrolling zu melden. Die entstandenen Schäden, die in erhöhtem Arbeitsaufwand bestanden, waren als gering einzustufen. Im Bereich IT-Operations wird eine Liste für Systemänderungen, -störungen und -ausfälle geführt, die regelmäßig mit der Schadensfalldatenbank abgeglichen wird. Im vergangenen Jahr traten keine nennenswerten Störungen auf, die bestimmbare oder nennenswerte Schäden verursachten.

Das Management der operationellen Risiken obliegt den jeweiligen Abteilungsleitern. Sie überwachen die Arbeitsabläufe, greifen bei Bedarf ein oder passen sie an. Für operationelle Risiken wurde auf Basis der Eigenkapitalanforderung nach der Solvabilitätsverordnung ein Teil der Verlustobergrenze reserviert.

5.5. Sonstige Risiken

Die sonstigen Risiken umfassen die Adressenausfallrisiken und die Liquiditätsrisiken. Das Adressenausfallrisiko ist die Gefahr, dass Forderungen nicht rechtzeitig, nicht in voller Höhe oder gar nicht zurückgezahlt werden. Die Tradegate AG Wertpapierhandelsbank hat ganz überwiegend Forderungen an Kreditinstitute. Wichtigste Bankverbindung, bei der auch die wesentlichen Teile der Liquiditätsanlagen getätigt wurden, ist die quirin bank AG. Da die quirin bank AG aufgrund der Konzernzugehörigkeit im Rahmen des Assoziierungsverhältnisses in ein monatliches Berichtswesen eingebunden ist und personelle Verflechtungen bestehen - der Vorsitzende des Vorstands ist Mitglied des Aufsichtsrates der quirin bank AG - stehen grundsätzlich zeitnah ausreichend Informationen

zur wirtschaftlichen Lage zur Verfügung. Darüber hinaus bestehen Konten bei weiteren inländischen Kreditinstituten sowie einem ausländischen Kreditinstitut. Neben diesen dem Zahlungsverkehr und der Geldanlage dienenden Bankkonten bestehen Forderungen auf Steuerrückzahlungen sowie Forderungen aus dem Wertpapiergeschäft an andere Makler. Da diese über die Börsensysteme reguliert werden und die Marktteilnehmer der Aufsicht durch die Börsen und die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht unterliegen, sind die Risiken hierdurch als gering anzusehen.

Um das Adressenausfallrisiko zu minimieren, unterliegen alle einzelnen Transaktionen mit Adressen, die nicht über eine Zulassung an einer deutschen, westeuropäischen oder amerikanischen Börse verfügen, einer gesonderten Überwachung direkt durch den Vorstand. Dies betrifft überwiegend osteuropäische Handelsadressen.

Unter dem Liquiditätsrisiko sind die Gefahren zu verstehen, seinen Zahlungsverpflichtungen nicht, nicht rechtzeitig oder nicht in vollem Umfang nachkommen oder Vermögensgegenstände aufgrund illiquider Märkte nicht oder nicht zu einem angenommenen Preis veräußern zu können. Die Steuerung der Zahlungsbereitschaft erfolgt im Rahmen einer Planung der Zahlungsein- und -ausgänge für die folgenden zwölf Monate. Das erste Quartal wird auf Monatsbasis, die folgenden werden auf Quartalsbasis berichtet. Sollten bestimmte Grenzen unterschritten werden, erfolgt eine gegenüber dem normalen Turnus häufigere Berichterstattung. Im vergangenen Jahr wurden die selbst gesetzten Grenzen nicht unterschritten. Ergänzend unterliegt die Tradegate AG Wertpapierhandelsbank den Bestimmungen der Liquiditätsverordnung, die bestimmte Mindestanforderungen an das Verhältnis von Finanzmitteln und Finanzverpflichtungen stellt. Die Kennziffern schwankten im vergangenen Jahr zwischen 3,02 und 22,81, bei einer Mindestkennziffer von 1. Das Marktliquiditätsrisiko wird durch die Auswahl der Handelsplätze, eine Berücksichtigung der jeweils aktuellen Marktlage beim Abschluss von Geschäften und der Begrenzung der offenen Positionen gesteuert und überwacht.

5.6. Berichterstattung

Der Gesamtvorstand erhält täglich einen Risikobericht, der die realisierten Ergebnisse des letzten Handelstages, des laufenden Monats und des laufenden Jahres sowie Angaben zu Limitänderungen und zu besonderen Vorkommnissen, wie nennenswerte Limitüberschreitungen und außergewöhnliche Geschäftsabschlüsse hinsichtlich Geschäftspartner, Volumen oder Konditionen enthält. Die Angaben zu den weiteren wesentlichen Risiken der Gesellschaft werden ebenfalls in den Bericht aufgenommen. Insbesondere Angaben zu Schadensfällen aus operationellen Risiken, besonderen Vorkommnissen und getroffenen Maßnahmen finden in den Bericht Eingang. Dieser Risikobericht ergänzt den monatlich dem Vorstand zur Verfügung gestellten Bericht über die wirtschaftliche Entwicklung. Dieser enthält neben der Bilanz und der Ergebnisrechnung Angaben zur Mitarbeiterentwicklung, zur Entwicklung der Wertpapiergeschäfte und einige Kennziffern. Über die Zahlungsbereitschaft der Gesellschaft erhält der Vorstand derzeit quartalsweise eine detaillierte Aufstellung. Um die Transparenz der allgemeinen Verwaltungsaufwendungen zu erhöhen, werden dem Vorstand und den Abteilungsleitern Auswertungen über die den jeweiligen Bereichen zugerechneten Kosten zur Verfügung gestellt. In Gesprächen werden dann Fragen geklärt und ggf. Maßnahmen besprochen. Neben der höheren Transparenz soll auch die Sensibilität der Verantwortlichen gefördert werden.

6. Erklärung gemäß § 312 AktG

Gemäß § 312 AktG hat der Vorstand der Tradegate AG Wertpapierhandelsbank einen Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen für das Geschäftsjahr 2011 abgegeben. Die Schlussklärung dieses Berichts lautet:

"Über die vorstehend aufgeführten Rechtsgeschäfte und Maßnahmen hinaus sind im Berichtszeitraum keine Rechtsgeschäfte vorgenommen worden und auch keine Maßnahmen bekannt, über die berichtet werden müsste.

Der Vorstand der Tradegate AG Wertpapierhandelsbank, Berlin, erklärt gemäß § 312 AktG, dass die Gesellschaft für jedes Rechtsgeschäft mit dem herrschenden und den mit ihm verbundenen Unternehmen eine angemessene Gegenleistung erhalten hat. Die Beurteilung erfolgte jeweils anhand der Umstände zum Zeitpunkt in dem das Rechtsgeschäft abgeschlossen wurde."

7. Ausblick / Prognose

Die Gesellschaft erwartet für 2012 ein zumindest stabiles Geschäft im Handel mit Privatanlegern. Bei der nach wie vor gegebenen Unsicherheit in Bezug auf Staatsanleihen verschiedener Schuldnerländer und den unattraktiven Zinsen könnten gerade die für die Gesellschaft besonders wichtigen Aktienmärkte wieder profitieren.

Auch im Jahr 2012 besteht die Chance, weitere Marktteilnehmer für eine Anbindung an die TRADEGATE EXCHANGE und damit verbunden weitere Marktanteile zu gewinnen. Das mögliche Wachstum dürfte allerdings deutlich geringer als im ausgezeichneten Jahr 2011 ausfallen. In den Monaten Januar und Februar betrug die Wachstumsquote ca. 25%.

Auf der Kostenseite wird die Gesellschaft - durch ihre größeren Marktanteile - an verschiedenen Stellen (z.B. Dateneinkauf, Geschäftsabwicklung) weitere Reduzierungen der allgemeinen Verwaltungskosten durchsetzen, während bei anderen Kostenstellen (z.B. Umlagebeiträge BaFin) wiederum ein Anstieg zu erwarten ist.

In der Finanzdienstleistungsbranche wird sich die Marktbereinigung weiter fortsetzen und nur einige wenige Wertpapierhandelsbanken bestehen bleiben, die hinsichtlich Eigenkapital und rechtzeitiger Diversifizierung ihrer Geschäftsaktivitäten die notwendige kritische Größe erreicht haben. Erst wenn die dringend notwendige Konsolidierung der Branche abgeschlossen ist, dürfte der aktuelle Margendruck nachlassen. Der Markteintritt von neuen Wettbewerbern auf den Geschäftsfeldern der Gesellschaft ist als unwahrscheinlich anzusehen, weil der Aufbau vergleichbarer Strukturen jahrelange Vorlaufinvestitionen erfordert und Finanzinvestoren keine schnelle Rendite verspricht.

Als eine der größten Herausforderungen für die Gesellschaft in der Firmengeschichte ist die im Gespräch befindliche Finanztransaktionssteuer anzusehen, die je nach konkreter Ausgestaltung erhebliche Auswirkungen auf Gesamtumsätze und Geschäftsmodell der Gesellschaft haben könnte.

Berlin, 28. Februar 2012

Tradegate AG Wertpapierhandelsbank

Thorsten Commichau

Jörg Hartmann

Klaus-Gerd Kleversaat

Kerstin Timm

Holger Timm